

Niederschrift

über die 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Montag, den 09.04.2018 im Christian-Wirth-Saal auf dem Schlossgarten-Campus

Sitzungsbeginn: 19:32 Uhr

Sitzungsende: 20:49 Uhr

An der Sitzung nehmen teil:

A. Von der Stadtverordnetenversammlung

CDU:

Liese, Gerhard Stadtverordnetenvorsteher
Becker, Rolf
Bertz, Claudia
Drexelius, Matthias
Holzbach, Markus
Jackson, Alexander
Kandler, Carmen
Katrusa, Isabell
Müller, Sebastian
Salguero-Grau, Conchita ab 19:40 Uhr
Schmidt-Winterstein, Dietmar
Schneider, Maximilian
von der Laden, Frank
Zorn, Irene

SPD:

Ebel-Theuerkauf, Leonie
Hahn, Birgit
Harnoth, Reinhold
Kuhlbrodt, Hans ab 19:38 Uhr
Lotz, Helga
Maibach, Jürgen
Müller, Bernhard
Ruß, Ortwin
Walle, Walter

FWG:

Brötz, Joachim
Herber, Hellwig
Koniczny, Jürgen
Müller, Brunhilde
Saltenberger, Joachim

B 90/Grüne:

Enslin, Ellen
Scheidler, Hansjörg
Sielemann, Manfred
Weinreich, Susanne

FDP:

Brähler, Gerhard
Brähler, Veronika
Keth, Ulrich

B. Vom Magistrat

Wernard, Steffen Bürgermeister
Böhringer, Heino
Fritz, Dieter Erster Stadtrat
Fritz, Reiner
Hahn, Michael
Hahn, Raymond
Jack, Werner
Roth-Peters, Maria
Seidenstücker, Gerd

C. Vom Ausländerbeirat

Mescheder, Kibar

D. Vom Seniorenbeirat

Huschka, Monika
Schäper, Charlotte

E. Entschuldigt fehlten

Müller, Helmut (CDU)
Schütrumpf, Heinz (SPD)
Lichtenthäler, Erwin (Magistrat)
Wagner, Katherine (Ausländerbeirat)

F. Von der Verwaltung

Jänisch, Ramona Schriftführerin

G. Gäste

9 Bürgerinnen und Bürger
2 Pressevertreter (UA; TZ)

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Liese eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Besonders begrüßt er am heutigen Abend Herrn Joachim Brötz als neues Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in der FWG-Fraktion als Nachfolger für Herrn Erhard Zwermann sowie Herrn Ulrich Keth in der FDP-Fraktion, der nach längerem Ausfall nun wieder mit dabei ist.

2. Genehmigung der Tagesordnung

SPD-Fraktionsvorsitzender Bernhard Müller bittet darum, den TOP 16 unter Teil A der Tagesordnung, Punkte mit Aussprache, zu behandeln.

Dem wird zugestimmt. Somit wird der TOP 16 unter Teil A behandelt.

Stadtverordnetenvorsteher Liese bittet um Abstimmung, ob die verbleibenden Punkte unter Teil B á Block abgestimmt werden können. Hier besteht Einvernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltungen

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 27.11.2017

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 1 Enthaltung (GRÜNE)

4. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Keine.

5. Mitteilungen des Magistrats

- 5.1 Bürgermeister Wernard teilt mit, dass die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur B-Planung Neuer Marktplatz nun vom Magistrat beantwortet wurde. Die Beantwortung wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.
- 5.2 Er berichtet über die Kooperationsvereinbarung zur Gründung eines Energieberatungsstützpunktes zwischen der Stadt Usingen und der Stadt Neu-Anspach. Er informiert über die geplanten Abläufe und stellt die Ziele der Kooperation kurz vor.
- 5.3 Bürgermeister Wernard teilt mit, dass die Evangelische Kindertagesstätte um eine Waldgruppe erweitert werden soll und auch ein Anbau mit einem Raum geplant ist, der allen Kindern genügend Platz für den Mittagstisch bietet. Man rechnet mit Kosten in Höhe von 100.000,00 €. 90.000,00 € sind förderfähig und werden vom Land übernommen, die verbleibenden ca. 10.000,00 € werden seitens der evangelischen Kirche getragen.
- 5.4 Vom Hess. Ministerium des Innern und für Sport liegt die Zuschussbewilligung in Höhe von 7.500,00 € für das Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ vor.

- 5.5 40.000,00 € von Procom für die Ausgleichszahlung der Parkflächen sind zur Auszahlung angewiesen und müssten die kommenden Tage auf dem Konto der Stadt eingehen.
- 5.6 Das RP hat mitgeteilt, dass ab dem 23.04.2018 die Offenlage der Ortsumgebung über einen Zeitraum von vier Wochen erfolgen soll. Danach geht es in das Planfeststellungsverfahren.
Derzeit wird eine gemeinsame Öffentliche Bekanntmachung mit den Nachbarkommunen Wehrheim und Neu-Anspach besprochen. Die Bekanntmachung wird in der kommenden Woche veröffentlicht.
- 5.7 Bürgermeister Wernard nimmt Bezug auf einen Presseartikel der FDP in der Taunus-zeitung am 05.04.18 zur Planung Umbau/Neugestaltung Bahnhofstraße.

6. Fragestunde

6.1 Schriftliche Fragen

Keine.

6.2 Mündliche Fragen

- 6.2.1 FWG-Fraktionsvorsitzender Konieczny nimmt Bezug auf diverse Berichte aus Presse und Medien über den schlechten Zustand von Bachläufen und erkundigt sich, ob es Informationen zum Zustand der Bachläufe in unserer Region gibt.
- 6.2.2 Weiter bittet er um Mitteilung zum aktuellen Stand der Flächen altes Krankenhaus und des ehemaligen Schulgeländes.

Bürgermeister Wernard antwortet zur ersten Anfrage, dass er die Informationen gerne einholt und den Stadtverordneten zukommen lässt.

Zum aktuellen Stand „Wie geht es weiter mit dem alten Krankenhaus und den dortigen Planungen?“ teilt er mit, dass vor den Ferien nachgefragt wurde und er im Laufe der Woche erneut nachhaken wird.

7. Berichterstattung der Ausschussvorsitzenden

Keine.

A. Punkte mit Aussprache

8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.12.2017 – Verkehrsgutachten IMB Plan/Nahmobilität

GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Enslin erläutert den Antrag.

Stadtverordneter Harnoth trägt erneut seinen Ergänzungsantrag vor, den er bereits im VBS gestellt habe, der dort aber nicht abgestimmt wurde.

Frau Enslin teilt mit, dass ihre Fraktion die Ergänzung aufnehmen würde, bittet aber um konkrete Formulierung, wie diese in den bestehenden Antrag aufzunehmen wäre, obwohl die Ergänzung aus ihrer Sicht nicht notwendig ist, da diese bereits im Antrag enthalten sind.

CDU-Fraktionsvorsitzender Drexelius meldet sich zu Wort und verweist darauf, dass Antragstellungen im Ausschuss erfolgen sollten.

FWG-Fraktionsvorsitzender Konieczny weist darauf hin, dass es sich hier zunächst um einen Prüfauftrag handele und man erst nach Vorlegen der Ergebnisse entscheide.

Stadtverordnetenvorsteher Liese fragt nochmal den Ergänzungsantrag der SPD nach. Stadtverordneter Harnoth teilt mit, dass wenn die von ihm genannten Punkte enthalten sind, er den Antrag zurückzieht und der GRÜNEN-Antrag keiner Ergänzung bedarf.

Beschluss-Nr. XI/1-2018

Der Magistrat wird gebeten für den umweltfreundlichen Verkehr folgende Maßnahmen nach dem Verkehrsgutachten von IMB Plan zu prüfen:

ÖPNV:

- eine Verdichtung des Bahnverkehrs
- innerstädtische Buslinien werden zu einem nachhaltigen, schlüssigen ÖPNV-Netz ausgerichtet

Radverkehr:

- Prüfung Verbindungsachse von der Bahnhofstraße zwischen Bahnhof und Innenstadt Carre
- Ausbau attraktiver Fahrradabstellanlagen am Bahnhof für Bike & Ride
- eine Direktverbindung zwischen Schleichenbach II und dem Bahnhof
- regelkonformer Ausbau der R 6 als Hauptroute
- vollständige Einbindung vom Bahnhof zum Schulzentrum über „An der Riedwiese“ und dem „Stockheimer Weg“ mit baulichen Änderungen z. B. Schutzstreifen
- Tempo 30 prüfen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltungen

9. CDU-Antrag vom 02.02.18 zur Neu- und Umgestaltung der Bahnhofstraße und angrenzender Bereiche

FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler nimmt Stellung zu den Ausführungen von Bürgermeister Wernard zum Presseartikel und Bezug auf den Antrag. Er teilt mit, dass die FDP dem Prüfantrag zustimmen wird.

SPD-Fraktionsvorsitzender Müller schlägt vor, den Antrag als Prüfantrag in die Lenkungsgruppe ISEK zu verweisen, jedoch solle die Arbeitsgruppe frei arbeiten dürfen und den Antrag nicht als verbindliche Vorlage verstehen.

FWG-Fraktionsvorsitzender Konieczny betont nochmals, dass es sich auch hier um einen Prüfauftrag handelt. Diesem werden sie zustimmen. Eine weitere Entscheidung ist zu treffen, wenn die Ergebnisse vorliegen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Drexelius geht auf die Wortmeldungen seiner Vorredner kurz ein und bittet abschließend um Zustimmung des Antrags.

GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Enslin teilt für ihre Fraktion mit, dass sie ebenso zustimmen werden.

FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler sowie Bürgermeister Wernard melden sich zu Wort. Sodann erfolgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr. XI/12-2018

Im Zusammenhang mit der Planung ISEK sollen folgende Punkte geprüft und mit einbezogen werden:

1. Umgestaltung der Bahnhofstraße unter Einbeziehung von Maßnahmen aus dem Förderprogramm Bahnville II „Konzept für zentrale Nahmobilitätsachsen in der Stadt Usingen“ mit dem Ziel
 - der Verbesserung der Wegeführung für Fußgänger und Radfahrer (Verbreiterung der Gehwege, Bau von Querungshilfen/Zebrastrifen, Bau eines Radweges, Geschwindigkeitsreduzierung etc.),
 - der Neuordnung von Parkplätzen sowie
 - der Umsetzung von Begrünungsmaßnahmen entlang der Bahnhofstraße.
2. Bau eines Kreisels im Kreuzungsbereich Westerfelder Weg/Bahnhofstraße
3. Bau einer Fußgängerverbindung zwischen den Parkplätzen LIDL und EDEKA über den Stockheimer Bach

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen (SPD), 2 Enthaltungen (SPD)

10. Neuwahl von Ortsgerichtsschöffen

Stadtverordneter Walle verlässt gem. § 25 HGO den Sitzungsraum.

Beschluss-Nr. XI/140-2017

Es wird beschlossen, dem Direktor des Amtsgerichtes folgende Personen zur Ernennung als Ortsgerichtsmitglied vorzuschlagen:

Herrn Rainer Born als Ortsgerichtsvorsteher
Herrn Friedel Wörner als stellv. Ortsgerichtsvorsteher
Herrn Walter Walle als Ortsgerichtsschöffe
Herrn Dieter Armbrüster als Ortsgerichtsschöffe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltungen

Nach der Abstimmung nimmt Stadtverordneter Walle wieder an der Sitzung teil.

11. Neuwahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Usingen II (Stadtteile Eschbach Kransberg, Michelbach und Wernborn)

Beschluss-Nr. XI/3-2018

Herr Hagen Stadtmüller wird erneut für weitere 5 Jahre als Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk II (Stadtteile Eschbach, Kransberg, Michelbach und Wernborn) gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltungen

12. Neuwahl von Schiedspersonen für den Schiedsgerichtsbezirk Usingen I (Stadtteile Usingen, Merzhausen und Wilhelmsdorf)

Beschluss-Nr. XI/15-2018

Frau Jeannette Niehage wird für eine Amtszeit von 5 Jahren als stellv. Schiedsfrau für den Schiedsbezirk I (Stadtteile Usingen, Merzhausen und Wilhelmsdorf) gewählt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

13. Einführung Wettaufwandsteuer ab dem 01.07.2018

Beschluss-Nr. XI/138-2017

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung über die Einführung einer Wettaufwandsteuer ab dem 01.07.2018 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

**14. Friedhofswesen;
Gebührenkalkulation**

Beschluss-Nr. XI/125-2017

Es wird beschlossen, die Friedhofsgebühren für das Jahr 2018 unverändert zu belassen.

Im 4. Quartal 2018/1. Quartal 2019 ist erneut zu berichten und ggf. eine Anpassung der Gebühren vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

**15. Bauleitplanung der Stadt Usingen:
Vorhabenbezogener Bebauungsplan
"Sondergebiet großflächiger Lebensmittelmarkt an der Bahnhofstraße",
Stadtteil Usingen
Entscheidung zur Planentwurfsgrundlage**

SPD-Fraktionsvorsitzender Müller teilt mit, dass es immer mehr Discounter gibt, die sich an einer Schaffung von Wohnraum beteiligen, indem sie über die Marktfläche aufstocken und Wohnungen errichten. Diesbezüglich sollte mit Lidl das Gespräch gesucht werden.

Stadtverordnete Weinreich erläutert den vorgelegten Ergänzungsantrag der GRÜNEN zu dieser Beschlussvorlage und bittet ebenfalls um Ergänzung dessen um den Punkt 7:
„7. Lidl baut nach seinem Standard ECO2LOGISCH“.
Der Änderungsantrag soll als Prüfauftrag in die Diskussion gegeben werden.

FDP-Fraktionsvorsitzender Brähler begründet, weshalb die FDP der Vorlage nicht zustimmen wird.

Stadtverordneter Jackson teilt mit, dass die CDU ihre Zustimmung zur Vorlage sowie zum Ergänzungsantrag der GRÜNEN geben wird.

Es besteht Einvernehmen über die Vorlage inkl. dem Ergänzungsantrag abzustimmen.

Beschluss-Nr. XI/145-2017

Es wird beschlossen für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Sondergebiet großflächiger Lebensmittelmarkt an der Bahnhofstraße“ im Stadtteil Usingen sowie den VEP, die Planungsvariante I, wie sie der Vorlage als Anlage 1 beigelegt ist, zu Grunde zu legen.

Für diese Planungsvariante soll aufgrund der Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Erweiterung um folgende Vorgaben geprüft werden:

1. Es wird eine fußläufige Querung zum Edeka-Markt geplant, die sich an den Bedürfnissen der Fußgänger orientiert.
2. Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind alle tür- und fensterlosen Wand- und/oder Fassadenflächen, insbesondere zum Kindergarten, von 20 m² zu begrünen. Die Anpflanzungen sind dauerhaft zu unterhalten. Es sind einheimische Arten zu verwenden.
3. Es ist eine dichtwachsende Hecke als Emissions- und Sichtschutz zum Kindergarten anzulegen.
4. Flachdächer und flachgeneigte Dächer bis 15 Grad sind extensiv zu begrünen und dauerhaft zu unterhalten, wenn auf diesen Flächen keine Solar- bzw. Fotovoltaikanlagen stehen. Es ist vorrangig Extensivbegrünung mit naturnaher, einheimischer Vegetation vorzusehen. Die Bewässerung soll ausschließlich mit Niederschlagswasser erfolgen.
5. Es wird eine aktive Sonnenenergienutzung (thermische Solaranlage bzw. Fotovoltaikanlage) vorgeschrieben.
6. Für die Bushaltestelle Bahnhofstraße wird ein geeigneter Standort ermittelt, der ausreichend Platz, auch für ein Wartehäuschen, zur Verfügung stellt.
7. Lidl baut nach seinem Standard ECO2LOGISCH.

Ferner sollen Vorgaben in den B-Plan eingefügt werden, die eine attraktive architektonische Gestaltung gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen (FDP), 0 Enthaltungen

16. Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED

SPD-Fraktionsvorsitzender Müller stellt folgenden Ergänzungsantrag zur Vorlage:

„Das Süwag-Angebot ist auf Erfüllung folgender Punkte zu prüfen und bei Nichterfüllung nachzubessern:

- *Begrenzung der Lichtfarbe auf 3.000 Kelvin (warmweiß) in den Hauptstraßen und eventuell sogar 2.000 Kelvin (amber) in den Anlieger- und Industriestraßen*
- *Einbau dimmbarer LED-Lampen zur Optimierung der Nachtschaltung*
- *Optimale Ausrichtung der Leuchten zur Vermeidung von störenden oder unnötigen Lichtabstrahlungen“*

Bürgermeister Wernard nimmt diesbezüglich Stellung und trägt die Informationen von Syna zu den im Ergänzungsantrag der SPD aufgeführten Punkte vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. Von Verwaltungsseite empfiehlt er, den Ergänzungsantrag abzulehnen.

FWG-Fraktionsvorsitzender Konieczny teilt für die FWG-Fraktion mit, dass sie den Ergänzungsantrag ablehnen wird.

CDU-Fraktionsvorsitzender Drexelius teilt ebenso die Ablehnung zum Ergänzungsantrag mit, der Vorlage wird zugestimmt.

Dem schließt sich GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Enslin an.

Stadtverordneter Keth befürwortet dies. Auch die FDP wird den Ergänzungsantrag ablehnen und der Vorlage zustimmen. Er vermisst jedoch eine Festschreibung in der Vorlage, dass die Stadt von der Stromeffizienz ebenso profitiert. Dies sollte nach seinem Dafürhalten noch aufgenommen werden.

Es wird zunächst über den Ergänzungsantrag abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen (SPD), 26 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Der Ergänzungsantrag ist damit abgelehnt.

Stadtverordnetenvorsteher Liese stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss-Nr. XI/143-2017

Es wird beschlossen, den Auftrag für die LED- Umstellung der Straßenbeleuchtung im gesamten Stadtgebiet an die Süwag Energie AG zu vergeben. Die Kosten hierfür belaufen sich dem Angebot der Süwag zufolge auf 475.218,17 € und können dem Kapitalstock der Stadt Usingen entnommen werden.

Abstimmungsergebnis:

33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen (SPD)

B. Punkte ohne Aussprache

17. Straßenbenennung- bzw. Umbenennung im Gewerbegebiet in der Kernstadt Usingen

Beschluss-Nr. XI/146-2017

Es wird beschlossen, den Wendehammer im Zufahrtsbereich von der L3270 in Richtung Straßeneinmündung „Achtzehnmorgenweg“ mit dem Namen „Jarltech-Platz“ zu bezeichnen (s. beiliegenden Lageplan).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltungen

18. "Nachhaltigkeitsstrategie Hessen- 100 Kommunen für den Klimaschutz": Aktualisierung des Aktionsplans der Stadt Usingen (Stand: Januar 2018)

Beschluss-Nr. XI/147-2017

Der aktualisierte Aktionsplan (Stand Januar 2018) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

19. Reintegration des Eigenbetriebs Stadtwerke Usingen

Beschluss-Nr. XI/10-2018

Der Prüfungsvermerk zur Reintegration des Eigenbetriebs Stadtwerke Usingen wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

20. Buchhalterische Erfassung des Neubaugebietes Schleichenbach II

Beschluss-Nr. XI/17-2018

Der Vermerk über die buchhalterische Erfassung des Neubaugebietes Schleichenbach II wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

21. Beschluss über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2015 und Entlastung des Magistrats

Beschluss-Nr. XI/132-2017

Gemäß § 114 HGO wird der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss 2015 beschlossen und zugleich der Magistrat entlastet.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

22. Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2016

Beschluss-Nr. XI/6-2018

Der Beteiligungsbericht der Stadt Usingen für das Wirtschaftsjahr 2016 gemäß Vorgabe des Hessischen Rechnungshofes wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 0 Enthaltungen

Usingen, 09.04.2018

gez. Gerhard Liese
Stadtverordnetenvorsteher

gez. Ramona Jänisch
Schriftführerin

Matthias Drexelius
CDU-Fraktion

Bernhard Müller
SPD-Fraktion

Ellen Enslin
Bündnis 90/Die Grünen

Jürgen Konieczny
FWG-Fraktion

Gerhard Brähler
FDP-Fraktion